

## Information nach Artikel 13, 14 und 21 der EU Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) über die Verarbeitung von Mitarbeiterdaten

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Schutz Ihrer personenbezogenen Daten ist der Ombudsperson und dem unter Umständen beteiligten Medizinischen Dienst Westfalen-Lippe (nachfolgend „MD WL“ genannt) ein wichtiges Anliegen. Mit diesem Hinweisschreiben möchten die Beteiligten Sie -gemäß den Vorgaben der Art. 13, 14 und 21 DSGVO- über die Verarbeitung der über Sie erhobenen personenbezogenen Daten sowie Ihre diesbezüglichen datenschutzrechtlichen Rechte informieren. Sie geben Ihnen Hinweise darüber, welche personenbezogenen Daten von Ihnen erhoben, zu welchen Zwecken diese genutzt, wann die Daten gelöscht und an welche Empfänger die Daten übermittelt werden können. Bitte nehmen Sie die nachfolgenden Informationen zur Kenntnis, damit Sie in vollem Umfang über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten informiert sind.

### 1. Name und Kontaktdaten der Verantwortliches

Verantwortlich für die Datenverarbeitung im Sinne der datenschutzrechtlichen Bestimmungen ist die Ombudsperson für den Medizinischen Dienst Westfalen-Lippe

Geschäftsstelle der Ombudsperson beim

Medizinischen Dienst Westfalen-Lippe

Günter Garbrecht

Roddestr. 12

48153 Münster

E-Mail: [ombudsperson@md-wl.de](mailto:ombudsperson@md-wl.de)

und – im Einzelnen abhängig von dem ggf. mit Ihnen abgestimmten Verlauf der Bearbeitung Ihrer Beschwerde und Ihrer etwaigen Einwilligung – der MD WL. Die Vertraulichkeit Ihrer Angaben bleibt gewahrt.

Medizinischer Dienst Westfalen-Lippe

Roddestr. 12

48153 Münster

### **Vorstand:**

Dr. Martin Rieger

Vorstandsvorsitzender

Dr. Peter Dinse

Stellvertretender Vorstandsvorsitzender

Tel.: 0251/6930-0

E-Mail: [info@md-wl.de](mailto:info@md-wl.de)

Internet: [www.md-wl.de](http://www.md-wl.de)

## 2. Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten und Ihres Stellvertreters

Nach den datenschutzrechtlichen Vorschriften, hat die Ombudsperson keine/n Datenschutzbeauftragte zu benennen. Datenschutzanfragen könne direkt an die Ombudsperson gerichtet werden.

Die Datenschutzbeauftragte der Medizinischen Dienstes Westfalen-Lippe erreichen Sie unter:

Medizinischer Dienst Westfalen-Lippe

Die Datenschutzbeauftragte

Roddestraße 12

48153 Münster

E-Mail: [datenschutz@md-wl.de](mailto:datenschutz@md-wl.de)

## 3. Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt im Rahmen gesetzlicher Vorgaben, um Ihre Eingaben an und Angaben gegenüber der Ombudsperson entsprechend Paragraph 278 Absatz 3 Satz 3 fünftes Sozialgesetzbuch (SGB V) zu erfüllen.

Sofern der MD WL (mit Ihrer Einwilligung) in die Bearbeitung der Eingabe einbezogen wird, gilt das Gleiche.

Ihre personenbezogenen Daten werden auf der Grundlage der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), des fünften Sozialgesetzbuches (SGB V), des zehnten Sozialgesetzbuches (SGB X), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und dem Landesdatenschutzgesetz des Landes Nordrhein- Westfalen (DSG NRW), soweit dies für Unterstützung in Ihrem Begehren erforderlich ist, verarbeitet.

Für den Fall, dass Sie uns eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke erteilen, basiert die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung auf Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden (siehe Ziffer 8 dieser Erklärung).

#### 4. Kategorie der personenbezogenen Daten

Die in der Eingabemaske zum Kontaktformular an die Ombudsperson eingegebenen Daten werden verschlüsselt an uns übermittelt und gespeichert. Diese Daten sind:

- Vor- und Nachname der die Nachricht erstellenden Person
- Telefonnummer
- E-Mail
- Postanschrift mit Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort

Wenn die Nachricht stellvertretend für eine andere Person erstellt wird, können freiwillig folgende Daten übermittelt werden:

- Persönliches Verhältnis zur anderen Person
- Vor- und Nachname
- Telefonnummer
- E-Mail
- Postanschrift mit Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort

Für die Nachricht an die Ombudsperson steht ein Freitextfeld (Pflichtfeld) zur Verfügung.

Die Daten können nur von der Ombudsperson und den ihr zugeordneten Mitarbeitenden eingesehen werden.

Die Einwilligung erfolgt freiwillig und ist jederzeit widerrufbar.

Für die Verarbeitung der Daten wird im Rahmen des Absendevorgangs die Einwilligung eingeholt und auf diese Datenschutzerklärung verwiesen. Abschließend wird um Zustimmung zur Verarbeitung der persönlichen Daten gebeten (Pflichtfeld).

#### 5. Quelle der Daten

Wir verarbeiten ausschließlich personenbezogene Daten, die wir von Ihnen zum Zwecke der Begründung sowie Durchführung des Beschäftigungsverhältnisses erhalten haben.

#### 6. Empfänger der Daten

Sofern personenbezogene Daten (mit Ihrer Einwilligung) von der Ombudsperson an den MD Westfalen-Lippe gegeben werden, ist der MD Westfalen-Lippe Empfänger Ihrer personenbezogenen Daten.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle der Ombudsperson sind zur Vertraulichkeit (auch gegenüber dem MD Westfalen-Lippe) verpflichtet.

Sofern personenbezogene Daten z. B. im Rahmen der Aufklärung des Sachverhalts (mit Ihrer Einwilligung) von dem MD Westfalen-Lippe an die Ombudsperson gegeben werden, ist die Ombudsperson Empfänger Ihrer personenbezogenen Daten.

Da – sofern eine Datenverarbeitung durch den MD Westfalen-Lippe erfolgt – der MD Westfalen-Lippe in einer vertraglichen Beziehung zu einem IT-Dienstleistungsunternehmen technische Unterstützungsdienstleistungen in Anspruch nimmt, besteht die Möglichkeit, dass dieses Unternehmen im Einzelfall Ihre personenbezogenen Daten zur Kenntnis nimmt und etwaig im Rahmen der Erbringung der Dienstleistung verarbeiten muss. Dabei erfolgt die Bearbeitung ausschließlich zu dem Zweck der Erbringung der IT-Dienstleistungen auf Datenträgern des MD Westfalen-Lippe. Entsprechendes kann für andere Dienstleistungsunternehmen (z. B. bei der Vernichtung von Datenträgern) gelten.

Soweit der MD Westfalen-Lippe in Umsetzung der Richtlinie des Medizinischen Dienstes des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen (MDS) nach § 283 Absatz 2 Satz 1 Nr. 5 zweite Alternative SGB V „Unabhängige Ombudsperson (UOP-RL)“ der Ombudsperson Mittel für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung stellt, kann der MD Westfalen-Lippe Empfänger personenbezogener Daten sein, wobei insoweit durch organisatorische Maßnahmen die Vertraulichkeit der Bearbeitung durch die Ombudsperson sichergestellt und die Daten insoweit nicht für Zweck des MD Westfalen-Lippe verarbeitet werden.

## 7. Speicherdauer

Die Ombudsperson und ggf. der MD Westfalen-Lippe speichern Ihre personenbezogenen Daten, so lange es für die Erreichung der oben genannten Zwecke erforderlich ist.

Basiert eine Datenverarbeitung auf einer datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung, ist der etwaige Widerruf der Einwilligungserklärung unter Berücksichtigung etwaiger anderer Rechtsgrundlagen ab diesem Zeitpunkt ein Kriterium für die Entscheidung über die Speicherdauer bzw. die Datenlöschung.

Nach § 276 Abs. 2 Satz 4 SGB V und § 97 Abs. 3 S. 1 SGB XI ist für eine Datenverarbeitung durch den MD Westfalen-Lippe grundsätzlich eine Löschung von Sozialdaten nach fünf Jahren vorgesehen.

In Bezug auf die Verarbeitung von personenbezogenen Daten zur Erfüllung Ihrer Rechte als betroffener Person, speichern ggf. die Ombudsperson und ggf. der MD Westfalen-Lippe Ihre personenbezogenen Daten solange es für die Erfüllung Ihrer Betroffenenrechte erforderlich ist. Anschließend werden Ihre personenbezogenen Daten gespeichert, um den Nachweis der Einhaltung der DS-GVO nach Art. 5 Abs. 2 DS-GVO erbringen zu können. Die Speicherdauer wird sich insoweit u. a. an den Bestimmungen zur Verjährung etwaiger Ansprüche und Ordnungswidrigkeiten orientieren.

## 8. Übermittlung in Drittstaaten

Eine Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten in ein Drittland findet nicht statt.

## 9. Ihre Rechte als betroffene Person

Sie haben als die von der Verarbeitung betroffene Person die folgenden Rechte:

- gemäß Artikel 15 DSGVO, § 49 LDSG NRW Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen.
- gemäß Artikel 16 DSGVO, § 50 Abs. 1 LDSG NRW die Berechtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen.
- gemäß Artikel 17 DSGVO, § 50 Abs. 2 LDSG NRW die Löschung ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, insbesondere, wenn sie für die Zwecke, für die sie erhoben wurden, nicht mehr notwendig sind.
- gemäß Artikel 18 DSGVO, § 50 Abs. 3 LDSG NRW die Einschränkung der Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten zu verlangen, etwa wenn sie die Richtigkeit sie betreffender personenbezogener Daten bestreiten und wir dies überprüfen müssen.
- das Recht auf Mitteilung nach Art. 19 DSGVO.
- sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit nach Art. 20 DSGVO.

Sie haben ein Beschwerderecht bei nachfolgenden Aufsichtsbehörden:

**Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen**

Fürstenwall 25

40129 Düsseldorf

Telefon: 0211 855-5

Fax: 0211 855-3211

E-Mail: [poststelle@mags.nrw.de](mailto:poststelle@mags.nrw.de)

**Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen**

Kavalleriestr. 2-4

40213 Düsseldorf

Tel.: 0211 38424-0

Fax: 0211 38424-10

E-Mail: [poststelle@ldi.nrw.de](mailto:poststelle@ldi.nrw.de)

Soweit die Verarbeitung von Daten auf der Grundlage Ihrer Einwilligung durchgeführt wird, sind Sie gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO berechtigt, die Einwilligung in die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten jederzeit zu widerrufen. Der Widerruf bezieht sich nur auf die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für die Zukunft. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

**10. Zum Verhältnis der Datenverarbeitung durch die Ombudsperson und den MD  
WL, Erfüllung Ihrer Rechte als betroffene Person**

**Grundsätze der Zusammenarbeit in Bezug auf die Erfüllung der Rechte der betroffenen Personen:**

- a. Die Ombudsperson und der MD WL ergreifen alle erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen um sicherzustellen, dass die Rechte der betroffenen Personen nach Art. 12 bis 22 DS-GVO frist- und ordnungsgemäß erfüllt werden.
- b. Die Ombudsperson und der MD WL stimmen sich bzgl. der Erfüllung der Rechte ab und werden sich ggf. bei der Erfüllung von Rechten der betroffenen Personen in angemessenem Umfang, z. B. durch Übermittlung der erforderlichen Informationen unterstützen, soweit dies datenschutzrechtlich zulässig und für die Erfüllung der Rechte der betroffenen Personen erforderlich ist.
- c. Ungeachtet der Einzelheiten dieser Vereinbarung kann jede betroffene Person ihre Rechte aus der DS-GVO und anderen datenschutzrechtlichen Bestimmungen bei und gegenüber jedem der Verantwortlichen geltend machen (Art. 26 Abs. 3 DS-GVO).
- d. Die Erfüllung der Rechte der betroffenen Personen soll nicht gegen den Willen der beschwerdeführenden Person zu einer Aufhebung der Vertraulichkeit des Ombudsverfahrens führen. Soweit erforderlich soll deshalb eine getrennte und ggf. parallele Erfüllung der Rechte der betroffenen Personen erfolgen, um die Unabhängigkeit und Weisungsfreiheit der Ombudsperson sowie die Vertraulichkeit der Datenverarbeitung durch die Ombudsperson nicht zu gefährden.

**Erfüllung von Auskunftsansprüchen:**

- a. Beantragen betroffene Personen eine Auskunft nach Art. 15 DS-GVO (ggf. i. V. m. den Vorschriften über den Sozialdatenschutz, § 83 SGB X) werden die Ombudsperson und der MD WL diese Auskunftsansprüche mit dem Ziel erfüllen, die Vertraulichkeit der Datenverarbeitung durch die Ombudsperson – auch sofern diese gegenüber dem MD WL zu wahren ist – zu gewährleisten.
- b. Deshalb erfüllt die Ombudsperson den Auskunftsanspruch in Bezug auf die von ihr und ihrer Geschäftsstelle in dem Ombudsverfahren verarbeiteten personenbezogenen Daten – sofern datenschutzrechtlich zulässig – eigenständig.
- c. Der MD WL erfüllt Auskunftsansprüche in Bezug auf seine Datenverarbeitung außerhalb des Ombudsverfahrens und in Bezug auf seine etwaige (im Einwilligung der beschwerdeführenden Person erfolgenden) Beteiligung an einem Ombudsverfahren.
- d. Anträge auf Auskunft, die bei einem der Beteiligten (Ombudsperson oder MD WL) eingehen, aber ausschließlich oder zusätzlich die Datenverarbeitung des anderen Beteiligten betreffen, werden – ggf. nach Rücksprache mit der antragstellenden Person und ggf. Einholung einer etwaig erforderlichen Einwilligung – an den jeweils anderen Beteiligten weitergeleitet. Alternativ kann mit der Antragstellerin oder dem Antragsteller abgestimmt werden, dass sie bzw. er sich unmittelbar an die oder den anderen Beteiligten wendet.

- e. Richtet sich ein Antrag auf Auskunft an den MD WL (ohne Erwähnung eines Ombudsverfahrens) wird der MD WL mit Hinweis auf die Vertraulichkeit des Ombudsverfahrens die betroffene Person darauf hinweisen, dass sie Auskünfte zur Datenverarbeitung in einem etwaigen Ombudsverfahren von der Ombudsperson erhalten kann.
- f. Richtet sich ein Antrag auf Auskunft an die Ombudsperson, klärt die Ombudsperson – ggf. durch Nachfrage bei dem Antragsteller –, ob sich der Antrag ausschließlich auf die Datenverarbeitung durch die Ombudsperson oder den MD WL (insgesamt) bezieht, wenn der MD WL (ggf. auf Basiseiner Einwilligung der antragstellenden Person) in das Verfahren einbezogen wurde.
- g. Ist ein Antrag auf die Auskunft zu der Datenverarbeitung durch dem MD WL und die (vertrauliche) Verarbeitung durch die Ombudsperson gerichtet, werden die Beteiligten parallel – jeweils bezogen auf ihren Verarbeitungsbereich – den Auskunftsanspruch erfüllen, um eine ggf. rechtswidrige Datenübermittlung zwischen Ombudsperson und MD WL zu vermeiden.

#### **Erfüllung sonstiger Rechte der betroffenen Personen:**

Das vorstehend zu Auskunftspflichten Geregelt gilt für die sonstigen Rechte der betroffenen Personen nach der DS-GVO, dem DSG NRW dem SGB X (Rechte auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Mitteilungspflichten wegen Berichtigungen und Löschungen, Datenübertragbarkeit, Widerspruchsrecht sowie das Recht, nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung beruhenden Entscheidung unterworfen zu sein) entsprechend. Automatisierte Entscheidungen finden jedoch nicht statt.

#### **11. Erforderlichkeit der Bereitstellung personenbezogener Daten**

Weder gesetzlich noch vertraglich ist es vorgeschrieben, dass Sie uns im Rahmen der Kontaktaufnahme mit der Ombudsperson Angaben zu personenbezogener Daten machen. Sie sind somit nicht verpflichtet, Mitteilungen zu Ihren personenbezogenen Daten zu machen. Bitte beachten Sie jedoch, dass dies erforderlich ist um Sie bei Ihrem Begehren zu unterstützen. Soweit Sie uns keine personenbezogenen Daten mitteilen, können wir Sie ggf. nicht wirksam unterstützen. Geben Sie nur solche personenbezogenen Daten an, die für die Unterstützung erforderlich sind.